

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT **PRO-GE**

Ausgabe 1/2015

Glück auf!

- **Ausweitung der Lohnkontrolle**

Die Neuerungen im Detail

- **Lohnerhöhungen erkämpft**

Die KV-Abschlüsse im Überblick

Industrie 4.0

Was steckt dahinter und was bedeutet es für uns ArbeitnehmerInnen?

PRO-GE

Inhalt:

DIE ZUKUNFT HAT BEREITS BEGONNEN ...

... und sie heißt Industrie 4.0. Nach dem historischen Weg von der Dampfmaschine über das Fließband zur Automatisierung befinden wir uns nun am Beginn der vierten industriellen Revolution. Was steckt dahinter und was bringt die Zukunftsindustrie für uns ArbeitnehmerInnen?

Seiten 4 bis 9

STEUERGERECHTIGKEIT

Die Regierung wird bald ihre Steuerreformpläne präsentieren. Angesichts der wachsenden Ungleichheit ist es dafür höchste Zeit. Zwei Gründe, warum Vermögenssteuern mehr Gerechtigkeit bringen könnten und die arbeitenden Menschen entlastet gehören.

Seite 11

GLEICHES GELD FÜR GLEICHE LEISTUNG

Sowohl der aktuelle Rechnungshofbericht als auch der Sozialbericht 2013/2014 zeigen auf: Hohe Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind immer noch Realität. Besonders betroffen sind Arbeiterinnen. Die PRO-GE-Frauen bieten Beratungen an, um die betrieblichen Einkommensberichte zu analysieren.

Seite 19

KAMPF GEGEN UNTERENTLOHNUNG

Falsche Einstufungen, vorenthaltene Zulagen, keine Prämien – oft werden LeiharbeiterInnen nicht korrekt bezahlt. Deshalb hat die PRO-GE Tirol in den letzten Monaten zahlreiche Leiharbeitsfirmen überprüft und ist bei zwölf Überlassern auf fehlerhafte Abrechnungen gestoßen.

Seite 15

IN AUSBILDUNG INVESTIEREN!

Der PRO-GE Jugendvorsitzende Sascha Ernst spricht im Interview über Zukunftschancen für Lehrlinge, über Schwächen im Bildungssystem und darüber, ob die duale Ausbildung überhaupt noch zeitgemäß ist.

Seite 18

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Dietmar Meister. Redaktion (glueckauf@proge.at): Mathias Beer, Karin Prokop, Wolfgang Purer, Robert Wittek. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Walter Schauer, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, ÖGB-Verlag, Gastein Tourismus, Harald Mannsberger, Christian Redtenbacher, Lisa Lux, Robert Wittek. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudörf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 20. März 2015.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

Aufreger des Monats

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung wird schon im kommenden Jahr mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent zusammen. Zu diesem Schluss kommt die britische Hilfsorganisation Oxfam in ihrer aktuellen Studie. „Die soziale Ungleichheit wächst schockierend schnell“, fassen die StudienautorInnen zusammen. Ausschlaggebend für die zunehmende Ungleichheit in Europa sind, wie Oxfam betont, vor allem die Sparmaßnahmen, die „auf dem Rücken der Einkommensschwachen und unter großem Druck der Finanzmärkte“ durchgesetzt wurden, „deren reiche Investoren von staatlichen Rettungsmaßnahmen für die Banken profitierten“. Oxfam schätzt zudem, dass die reichsten Personen und Unternehmen weltweit mehr als 17 Billionen Euro in einem Netz aus Steueroasen verstecken.

KURZ NOTIERT

Umfrage: Gutes Arbeitsklima immer wichtiger

Für Österreichs ArbeitnehmerInnen ist bei der Jobsuche ein gutes Arbeitsklima wichtig. Dies geht aus einer Umfrage im Auftrag von Xing hervor. Demnach legen 74 Prozent bei einem neuen Job sehr viel Wert auf eine positive Arbeitsatmosphäre. Hingegen sei nur für 38 Prozent das Gehalt „sehr wichtig“.

Durchschnittlich 13 Tage Krankenstand



13 Tage haben die Beschäftigten 2013 im Schnitt im Krankenstand verbracht. Das entspricht einer Krankenstandsquote von 3,5 Prozent und ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Das geht aus dem veröffentlichten „Fehlzeitenreport“ hervor. Ursache für 50 Prozent aller Krankenstandsfälle sind Atemwegserkrankungen und Muskel-Skelett-Erkrankungen.

Pensionsantrittsalter 2014 um 13 Monate gestiegen

Das Pensionsantrittsalter ist im Vorjahr um 13 Monate angestiegen. Statt durchschnittlich mit 58,5 Jahren gingen die ÖsterreicherInnen 2014 mit 59 Jahren und sieben Monaten in den Ruhestand. Laut Sozialminister Rudolf Hundstorfer ist dieser deutliche Anstieg eine direkte Folge der Pensionsreformen der vergangenen Jahre, die nun zu wirken beginnen.

Sozialbericht bestätigt Ungleichheit

Die Ungleichheit in Österreich nimmt zu. Das geht aus dem neuen Sozialbericht 2013/2014 hervor, den das Sozialministerium herausgegeben hat. Trotz des Einbruchs während der Krise haben sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im vergangenen Jahrzehnt besser entwickelt als die Arbeitseinkommen.



Weltweite Arbeitslosigkeit steigt

Die Zahl der Arbeitslosen wird nach Ansicht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) weltweit wachsen. Der ILO Arbeits- und Sozialbericht 2015 weist auf die besonders stark betroffenen jungen Menschen zwischen 15 und 24 hin. ILO-Generaldirektor Guy Ryder anlässlich des Berichts: „Es ist nicht akzeptabel, dass mehr als die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit keinen Zugang zu sozialer Basisversorgung und menschenwürdiger Arbeit haben.“



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

DIE FRÜHJAHRSLOHNRUNDE STARTET

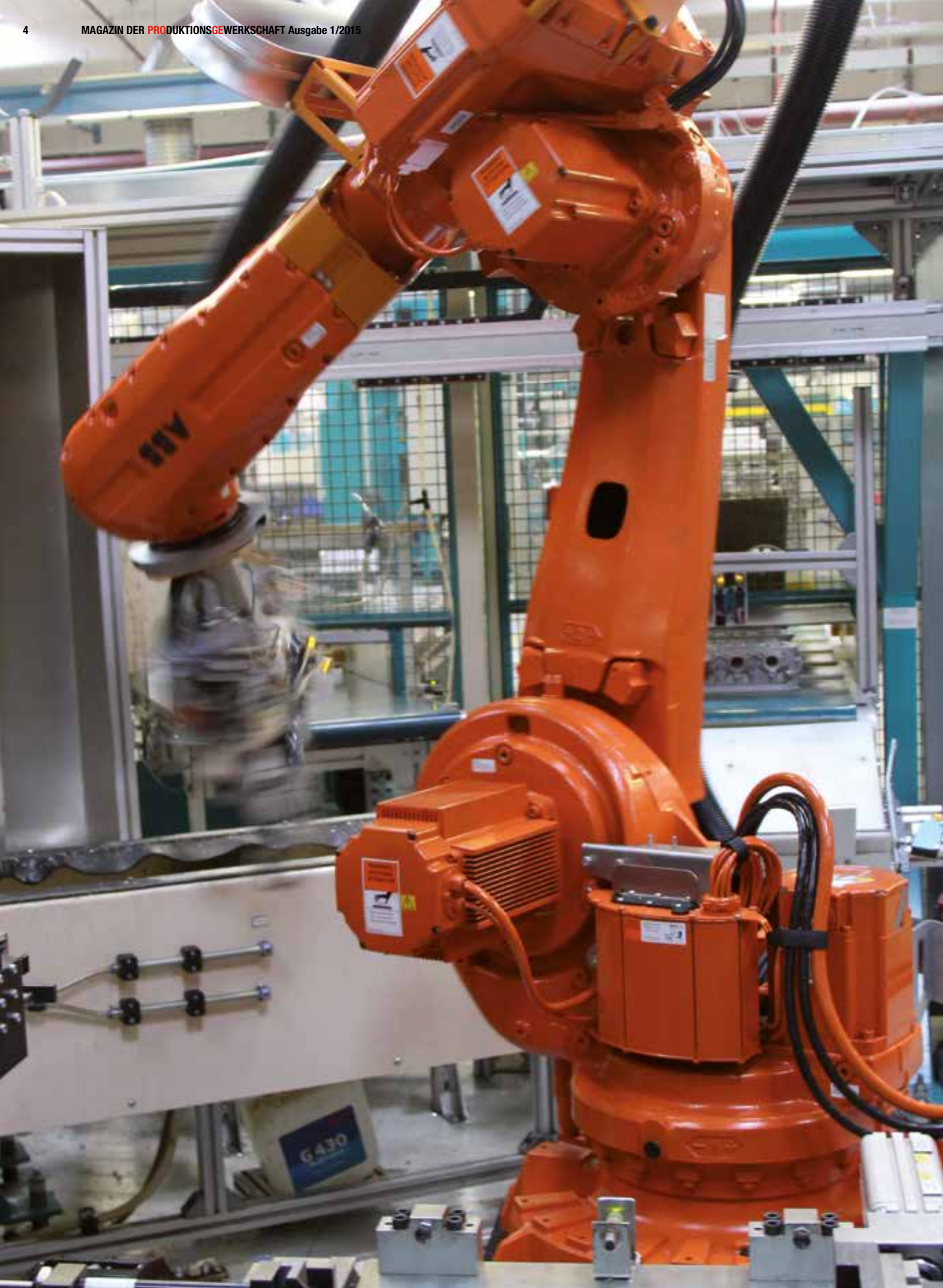
Mitte März beginnt die Frühjahrslohnrunde. Den Anfang machen Papierindustrie, Textilindustrie und Elektronikindustrie.

Sie läuten damit den Frühjahrsreigen der Lohnverhandlungen für mehr als 120.000 Beschäftigte ein. Es folgen Bekleidungs-, Glas- und Chemische Industrie sowie Sektoren aus dem Nahrungs- und Agrarbereich. Es werden heuer harte Verhandlungen. Es gilt, die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen massiv zu stärken, um die Konjunktur angesichts der hohen Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln anzukurbeln. Dies muss auch das Ziel einer Steuerreform sein, deren Eckpunkte ebenfalls Mitte März stehen sollten.

Neben dem Thema Bildung werden vor allem moderne Arbeitszeitmodelle ein wichtiger Schlüssel für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit werden und gerade den Kollektivverträgen kommt hier eine wichtige Rolle zu. Denn die gesamte Wirtschaft steht vor großen Veränderungen. Stichwort: Industrie 4.0. Die sogenannte digitale Revolution wird im Produktionsbereich neue Arbeitsplätze schaffen, aber es werden viele auch wegrationalisiert werden. Daher brauchen wir Lösungen, die die tatsächliche Arbeitszeit verkürzen und vorhandene Arbeit fair verteilen, sowie innovative Modelle, die einen Ausgleich zu den steigenden Belastungen wie Zeitdruck oder unregelmäßige Arbeitszeiten schaffen.

Die PRO-GE hat in den vergangenen Jahren verschiedene Modelle in den Kollektivvertragsverhandlungen erfolgreich durchgesetzt. Vor allem die Anwendung einer Freizeitoption ist sowohl bei ArbeitnehmerInnen als auch bei Unternehmen auf reges Interesse gestoßen. Bei dieser kann grundsätzlich die Ist-Lohn-Erhöhung durch freiwillige Einzelvereinbarung in mehr zusätzliche und nachhaltige Freizeit umgewandelt werden. In der Elektro-/Elektronikindustrie konnten wir diese Option bereits 2013 zum ersten Mal abschließen. Erste Erfahrungen in dieser Branche zeigen, dass sowohl kleine wie größere Betriebe, junge als auch ältere ArbeitnehmerInnen sich dafür entscheiden. Gemeinsam mit den BetriebsrätInnen werden wir solche innovativen Arbeitszeitmodelle, die den Beschäftigten und dem Standort nutzen, in den KV-Verhandlungen weiter vorantreiben.

Glück auf!



Die Zukunft hat aber bereits begonnen ...



... und sie heißt Industrie 4.0. Damit gemeint ist: Wir befinden uns am Anfang eines tief greifenden Strukturwandels in der Produktion, am Beginn der vierten industriellen Revolution, an deren Ende die intelligente Fabrik auf uns wartet.

„Österreich ist bereit für Industrie 4.0“, erklärte Technologie- und Innovationsminister Alois Stöger vor Kurzem gegenüber dem Bundesvorstand der PRO-GE. Und Österreich müsse auch bereit sein, führt er weiter aus, denn „die neue Entwicklung wird kommen“. Nach dem historischen Weg von der Dampfmaschine über das Fließband zur Automatisierung geht es bei der vierten industriellen Revolution um die Vernetzung. Und zwar um die Vernetzung von physischen und di-

gitalen Systemen durch die Integration der Informations- und Kommunikationstechnologie in Produktionssysteme. Damit wird es möglich, effizienter und flexibler zu produzieren. Am Ende der Entwicklung soll die Smart Factory stehen: eine Fabrik, in der intelligente Produkte, Maschinen und Betriebsmittel eigenständig miteinander kommunizieren und sich gegenseitig in Echtzeit steuern.

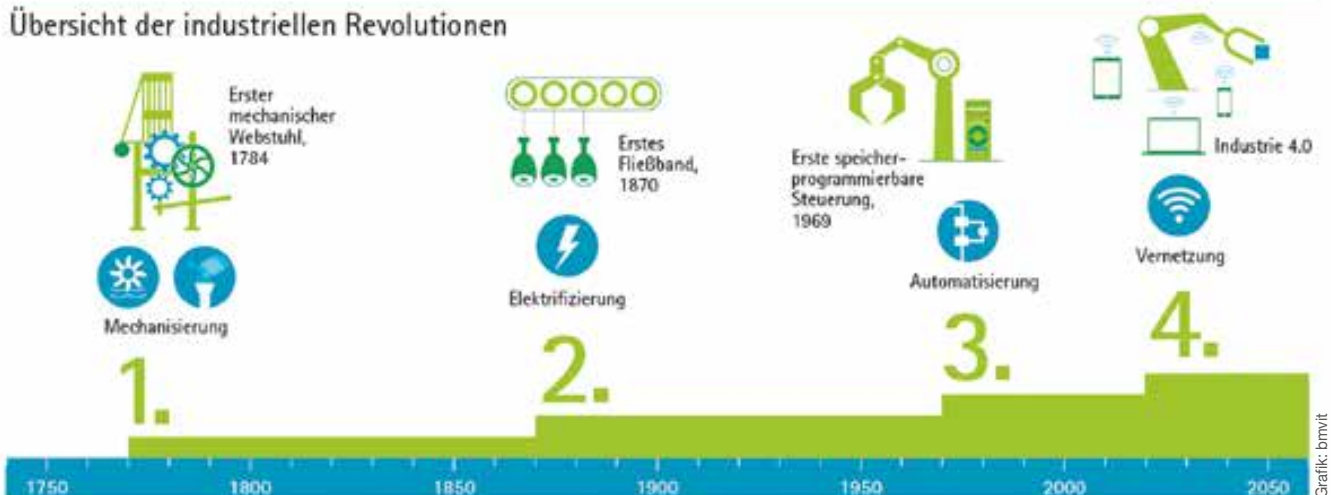
Die menschenleere Fabrik

Wir steuern also auf Produktionsstätten zu, in denen der gesamte Ablauf automatisiert ist. Wird die Vision einer menschenleeren

Fabrik also schon bald Realität? Nein. Der Mensch wird – so der Konsens unter ExpertInnen – auch in der Industrie 4.0 unerlässlich bleiben. Denn im Unterschied zur Maschine hat er die Fähigkeit, kreativ zu sein. Er ist fähig, neue Anlagen und Produkte zu entwickeln, bestehende Abläufe zu verbessern und bei einer Störung die passende Lösung zu finden. Maschinen so zu programmieren, dass sie jedes möglicherweise auftretende Problem selbstständig lösen können, ist nahezu unmöglich. Deshalb wird es am Ende immer der Mensch sein, der sich um alles kümmert, was Algorith-

Industrie 4.0 – Zukunft der Produktion

Übersicht der industriellen Revolutionen



men nicht vorhergesehen haben. Und deshalb wird es – so viel ist sicher – auch in naher Zukunft keine menschenleere Fabrik geben.

Gewinner und Verlierer

Welche Konsequenzen Industrie 4.0 für die Beschäftigten nach sich zieht, kann man derzeit nur vermuten. „Es wird Gewinner und Verlierer geben“, sagt Wilfried Sihn, Professor an der Technischen Universität Wien, im Interview (S. 8 und 9). Anders gesagt: Die vierte industrielle Revolution wird Arbeitsplätze kosten. Wenn wir aber die Entwicklung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen, ist es möglich, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, als verloren gehen. In Gefahr sind

besonders niedrig qualifizierte Arbeitsplätze, entstehen sollen vor allem hoch qualifizierte. Laut einer aktuellen Studie der Boston Consulting Group könnten allein im Maschinenbau 10.000 neue Arbeitsplätze entstehen – Arbeitsplätze, die neue Qualifikationen und Kompetenzen erfordern.

Vom Mechaniker zum Mechatroniker

Die Voraussetzung dafür, dass alle Beschäftigten, und damit auch Un- und Angelernte, eine Chance auf aktive Teilhabe und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten in der Industrie 4.0 haben, ist ein entsprechendes Aus- und Weiterbildungssystem. Die Ausbildungsinhalte in der dualen Ausbildung haben sich bereits verändert. So wurde etwa aus dem Mechaniker der Mechatroniker oder aus dem Werkzeugmacher der Werk-

zeugtechniker. „In der Lehrlingsausbildung müssen wir uns ständig anpassen“, ist Josef Madlmayr, gelernter Werkzeugmacher und Betriebsratsvorsitzender beim Motorenhersteller BRP-Rotax (Firmenporträt auf S. 16–17) überzeugt. „Als ich gelernt habe, habe ich noch Schnittplatten gefeilt, eine Woche für eine Platte, mit der Diamantfeile. Damit kann ich heute in Steyr ins Museum Arbeitswelt gehen.“ Welche Weiterbildungsmaßnahmen notwendig und sinnvoll sind, soll in der ersten Industrie-4.0-Pilotfabrik herausgefunden werden.

Die erste Pilotfabrik

Eine Pilotfabrik ist ein realitätsnahes Modell einer Fabrik – eine Laborsituation mit realen industriellen Maschinen und Logistiksystemen. Die erste österreichische Pi-



WAS BEDEUTET EIGENTLICH ...?

Industrie 4.0

Ursprünglich ein Zukunftsprojekt der deutschen Bundesregierung, mit dem die digitale Vernetzung der Produktionstechnik mittels moderner Informations- und Kommunikationstechnologie vorangetrieben werden sollte. Am Ende dieser Entwicklung, die auch „vierte industrielle Revolution“ genannt und mittlerweile auch in Österreich gefördert wird, steht die intelligente Fabrik (Smart Factory). Technologische Grundlagen von Industrie 4.0 sind Cyber-physische Systeme und das Internet der Dinge.

Cyber-physische Systeme (CPS)

Systeme mit eingebetteter Software, mit denen mechanische Teile mit IT-Prozessen verbunden werden und dadurch über das Internet miteinander kommunizieren können, um z. B. den Auslastungsgrad in einer Fabrik oder die Qualität der Produkte zu ermitteln.

Internet der Dinge

Durch die Ausstattung mit Chips (oder Codes) nehmen auch „intelligente Dinge“ am Internet teil und können so mit anderen Dingen, Maschinen und Menschen kommunizieren. Ein Beispiel dafür ist die Paketverfolgung übers Internet.

Smart Factory

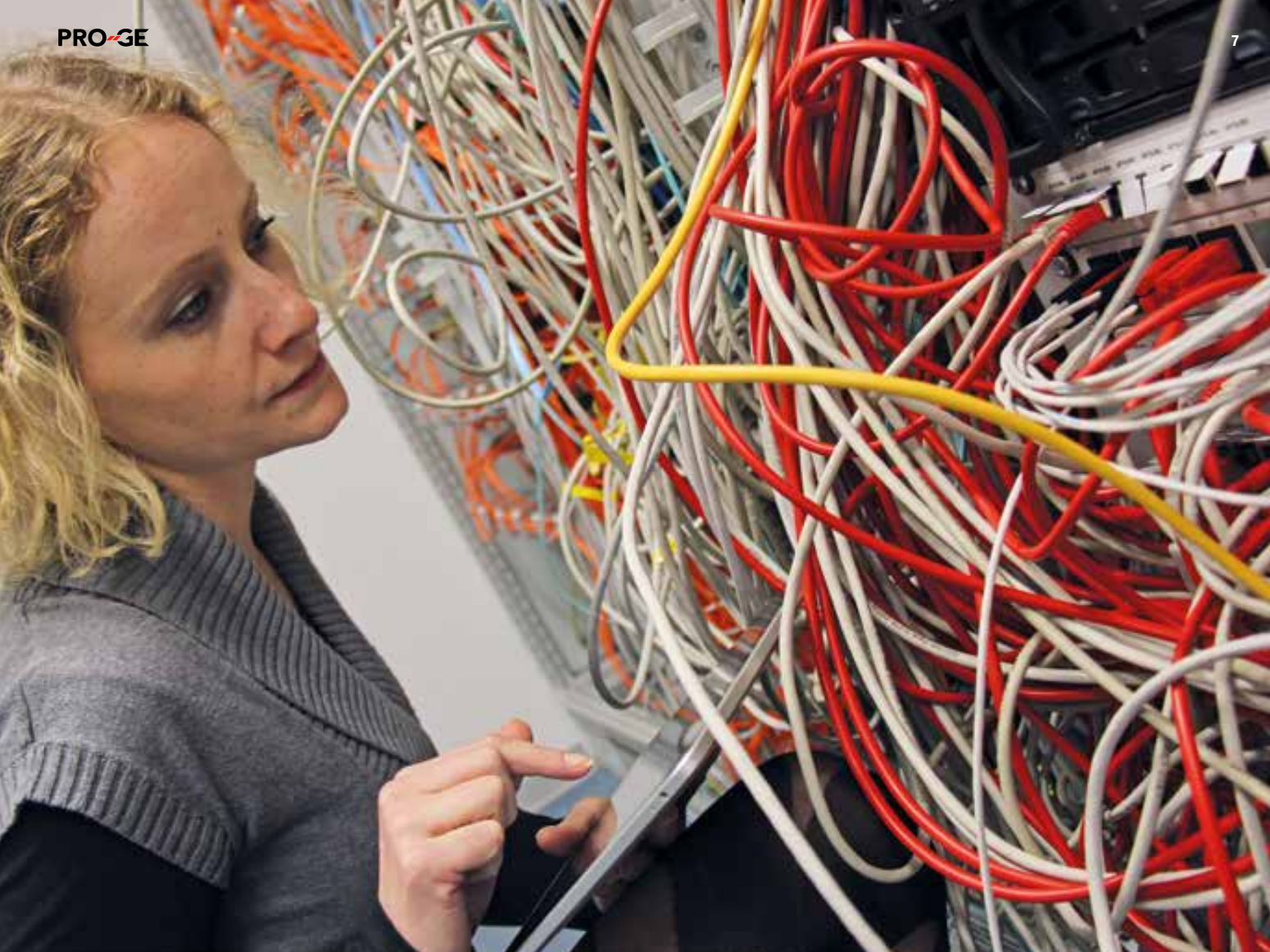
Die „intelligente Fabrik“ ist das Resultat der vollständigen Digitalisierung der Wertschöpfungskette. In ihr tauschen „intelligente“ Produkte, Maschinen und Betriebsmittel eigenständig Informationen aus, lösen Aktionen aus und können sich gegenseitig in Echtzeit steuern.

Big Data

Datenmengen, die zu groß sind, zu komplex oder sich zu schnell ändern, um sie mit klassischen Methoden der Datenverarbeitung auszuwerten. Oft werden mit Big Data auch Technologien beschrieben, die zum Sammeln und Auswerten dieser Datenmengen verwendet werden. Solche Technologien kommen auch in der Industrie 4.0 zum Einsatz.

Cloud Computing

Speichern von Daten in einem entfernten Rechenzentrum sowie Ausführung von Programmen, die nicht auf dem lokalen Rechner, sondern in der sogenannten „Wolke“ (Cloud) installiert sind. Der Zugriff auf die Cloud erfolgt über das Internet oder ein firmeneigenes Intranet.



lotfabrik für Industrie 4.0, an deren Errichtung sich das Infrastrukturministerium (BMVIT) und die Technische Universität Wien mit je zwei Millionen Euro beteiligen, wird noch in diesem Jahr eröffnet. Ab 2016 sollen laut BMVIT bis zu fünf weitere folgen. Laut Bundesminister Stöger wird aber auch in andere Industrie-4.0-Projekte investiert: „Es gibt Stiftungsprofessuren im Produktionsbereich, eine Talentförderung und Investitionen in die Infrastruktur. Wir werden jährlich 125 Millionen Euro für die Förderung der Industrie 4.0 ausgeben.“

Mitgestalten statt zuschauen

Außerdem soll die Zusammenarbeit zwischen Industrieunternehmen, Gewerkschaften, Universitäten und Forschungseinrichtungen verstärkt werden, um gemeinsam einen Industrie-4.0-Masterplan für Österreich zu entwickeln. Dafür wurde Ende 2014 die österreichische Plattform Industrie 4.0 errichtet, die beim BMVIT angesiedelt ist. An der

Plattform 4.0 – sie ist nach der deutschen Plattform Industrie 4.0 die weltweit zweite ihrer Art – beteiligt sich auch die PRO-GE. Dadurch ergibt sich für die Produktionsge-

werkschaft die Möglichkeit, die vierte industrielle Revolution mitzugestalten und sicherzustellen, dass die Interessen der Beschäftigten nicht zu kurz kommen.



MODELLE FÜR DIE ZUKUNFT

Das Thema Arbeitszeit wird bei der vierten industriellen Revolution ein wichtiger Schlüsselfaktor sein. Was passiert mit der Produktivitätssteigerung, was mit der eingesparten Arbeitszeit? Es braucht innovative Lösungen. Die Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren verschiedene Arbeitszeitverkürzungsmodelle in den KV-Verhandlungen erfolgreich durchgesetzt: die klassische Reduktion der Normalarbeitszeit, die Möglichkeit eines „Sabbaticals“ (Auszeit vom Beruf), die Umwandlungsmöglichkeit des Jubiläumsgeldes in Freizeit und die Anwendung der Freizeitoption (Umwandlung der Ist-Lohn-Erhöhung in Freizeit). Wie sich die vierte industrielle Revolution auf Quantität und Qualität der Arbeitsplätze auswirken wird, ist kaum vorherzusehen. Sicher ist jedenfalls, dass die Gewerkschaften weiterhin innovative Lösungen entwickeln werden – Modelle, die die (tatsächliche) Arbeitszeit verkürzen, vorhandene Arbeit fair verteilen und Beschäftigung sichern.

Interview

„Es wird Gewinner und Verlierer geben“

Prof. Dr. Wilfried Sihn ist Geschäftsführer der Forschungseinrichtung Fraunhofer Austria, Professor am Institut für Managementwissenschaften der Technischen Universität Wien und einer der führenden Experten zum Thema Industrie 4.0 in Österreich. Inwieweit das Thema schon in Österreich angekommen ist, wie sich die Produktion durch Industrie 4.0 verändern wird und welche Auswirkungen dies auf die Beschäftigten haben wird, beantwortet er im Interview mit Dietmar Meister.

Glück auf!: Seit wann beschäftigen Sie sich mit dem Thema Industrie 4.0?

Prof. Dr. Wilfried Sihn: Seit vier Jahren. Seit das Thema 2011 in Deutschland hochgekommen ist. Hintergrund war, dass man begriffen hat, dass Deutschland – so wie Österreich auch – nur durch Innovation überleben kann und dass Deutschland deshalb einen großen Innovationssprung braucht. Die Informations- und Kommunikationstechnologie sollte mit den klassischen Produkten und Prozessen, die wir heute in unserer Industriewelt haben, verbunden werden. Produkte und Prozesse sollen intelligenter gestaltet werden, um Kosten

und Durchlaufzeit zu reduzieren, sodass letztlich ein Mehrwert für den Kunden entsteht. Mitte 2014 ist das Thema dann auch in Österreich angekommen.

Wird jetzt auch in Österreich in Industrie 4.0 investiert?

Die österreichische Förderstruktur ist im internationalen Vergleich schon ziemlich gut. Es gibt im Frühjahr wieder die Ausschreibung „Produktion der Zukunft“, es gibt die COMET-Programme, Stiftungsprofessuren und so weiter. Auch die Stadt Wien und das Wirtschaftsministerium haben Programme aufgesetzt. Beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie wird gerade die Plattform Industrie 4.0 gegründet, die ganz zentral der Frage nachgeht,

wie die Arbeitswelt der Zukunft aussehen wird. Zudem werden Demofabriken eingerichtet – die erste bei uns an der TU –, um die Auswirkungen und Chancen von Industrie 4.0 besser einschätzen zu können. Österreich tut also schon eine ganze Menge.

Wie wird sich die Produktion verändern?

In der Industrie gibt es zwei große Entwicklungen. Zum einen die Digitalisierung: In Zukunft wird es neben der realen auch eine digitale Fabrik geben, das komplette Unternehmen wird digitalisiert werden. Für alles, was es in der Realität gibt, wird es ein digitales Abbild geben. In Zukunft stellt man eine neue Maschine in die digitale Welt, wo dann Simulationsprogramme und Optimierungsprogramme laufen, die herausfinden, wie die Maschine am besten eingesetzt werden kann. Wenn

„Österreich kann nur durch Innovation überleben.“



Prof. Dr. Wilfried Sihn glaubt, dass mit Industrie 4.0 deutlich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als verloren gehen – „wenn wir es richtig machen“.

die beste Lösung gefunden wurde, wird das Ganze in der realen Welt verwirklicht. Und irgendwann meldet die Maschine: Ich brauche eine Wartung, mein Getriebe läuft heiß. Diese Meldung geht dann in die digitale Welt, und dort wird entschieden, ob es sinnvoller ist, gleich zu stoppen und eine andere Maschine hochzurüsten oder den Auftrag noch abzuarbeiten und dann zu stoppen. Die bessere Entscheidung wird dann in der realen Welt umgesetzt.

„Industrie 4.0 wird Arbeitsplätze kosten.“

Und die zweite Entwicklung?

Die zweite große Entwicklung ist, Anlagen und Produkte intelligent zu machen. So stattet man zum Beispiel einen Rohling mit einem Chip aus, der alle Informationen darüber enthält, was mit die-

sem Rohling geschehen soll, und über den der Rohling mit seiner Umwelt kommuniziert. Er sagt: „Als Erstes brauche ich eine Bohrmaschine, die ein Loch bohrt.“ Daraufhin meldet sich die Maschine und sagt: „Ich bin eine Bohrmaschine, aber ich habe keine Zeit.“ Die nächste sagt: „Ich bin eine Bohrmaschine, ich habe eine Stunde Zeit.“ Die Maschinen kommunizieren also miteinander und finden selber den idealen Weg.

Was bedeutet das für die Beschäftigten?

Mit Industrie 4.0 sollen Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Positiv ist also: Das Thema ist absolut mitarbeiterbezogen. Die negative Nachricht ist, dass Industrie 4.0 mitarbeiterbezogene Konsequenzen ha-

ben wird. Um es auf den Punkt zu bringen: Industrie 4.0 wird Arbeitsplätze kosten. Punkt. Aber: Wenn wir es richtig machen, werden wir deutlich mehr neue Arbeitsplätze schaffen, als wir verlieren. Es ist wie bei jeder technischen Neuerung, wie bei jeder industriellen Revolution: Es wird Gewinner und Verlierer geben. Insbesondere niedrig qualifizierte Arbeitsplätze sind in Gefahr und insbesondere höher und hochqualifizierte Arbeitsplätze werden entstehen. Unternehmen und Beschäftigte werden sich mit den Themen Sensorik, Aktorik, Datenübertragung, Netzwerktechnik, Cloud Computing, Big Data, dem Internet der Dinge und so weiter befassen. Was die Beschäftigten in Zukunft machen werden, ist, dafür zu sorgen, dass die Maschinen funktionieren und dass die Qualität eingehalten wird.



Top-Angebote für Mitglieder

Mit der PRO-GE Card erhalten Mitglieder zahlreiche Vergünstigungen und Angebote rund um Auto, Bildung, Gesundheit, Kultur, Urlaub und vieles mehr in ganz Österreich.

Jetzt neu: die PRO-GE „IQ Card“ Tankkarte!

Die PRO-GE und das Mineralölgroßhandelshaus Julius Stiglechner GmbH bieten die Möglichkeit, mit der „IQ Card“ Tankkarte attraktive Vergünstigungen beim Tanken und beim Shoppen im gesamten IQ Card-Tankstellennetz zu bekommen.

Fixer Wochenpreis

Der Preis wird am Wochenanfang festgesetzt und ist von Montag bis Sonntag gültig, unabhängig von jeweiligen Preisänderungen an der Zapfsäule. Die Ersparnis liegt bei 3 bis 4 Cent pro Liter, abhängig vom aktuellen Preis.

Den Kartenantrag gibt es unter www.iqcard.at/proge und das IQ Card-Tankstellennetz findet sich unter www.iqcard.at/tanken.

AKTUELL



You will never work alone! Das neue PRO-GE Jugend Logo

Bereits im Vorjahr hat die Jugendabteilung einen Logo-Wettbewerb ausgeschrieben – nun ist die Entscheidung gefallen. Gewonnen hat die junge Oberösterreicherin Andrea Hörndler, die mit ihrer Arbeit aus über mehr als 30 Einsendungen die Jury überzeugen und begeistern konnte.

Das neue Logo ist das signifikante Zeichen der Jugendabteilung, welches künftig prominent in Szene gesetzt wird. Andrea Hörndler ist stolz auf ihre Prämierung und beschreibt ihre Arbeit: „Für mich war es wichtig, ein kräftiges, aber auch solidarisches Zeichen für die jungen Menschen zu setzen und diesem durch das Logo Ausdruck zu verleihen“, so die Linzer Designerin.

Die Jugendabteilung bedankt sich bei den mehr als 30 Einsenderinnen und Einsendern, die ebenfalls hervorragende Designideen vorgelegt haben.



Andrea Hörndler ist die Gewinnerin des PRO-GE Jugend Logo Contests. Die junge Designerin freut sich über den ersten Platz bei der Urkundenübergabe.

BUCHTIPP

MYTHEN DES REICHTUMS

Warum Ungleichheit unsere Gesellschaft gefährdet

Reichtum und Armut sind die beiden Pole sozialer Ungleichheit. In der Forschung hat Armut bisher deutlich mehr Aufmerksamkeit erhalten als Reichtum. Zu Letzterem gibt es weit weniger Datenmaterial und verbreitetes Faktenwissen. Dieses Buch stellt den bestehenden Mythen des Reichtums Fakten entgegen. Es deckt Lügen auf und kennzeichnet die Verbreitung von Nonsens. Aus verschiedenen

Perspektiven wird den Strategien der Rechtfertigung von Reichtum und sozialer Ungleichheit nachgegangen. Dabei setzen sich die Autorinnen und Autoren mit Gerechtigkeits- und Leistungsbegriffen auseinander, erörtern die empirische Vermögensforschung, auch mit Bezug auf die viel diskutierten Arbeiten von Thomas Piketty, und untersuchen die Gefahren der Vermögenskonzentration für die Demokratie.

BEIGEWUM/AttaclArmutskonferenz, *Mythen des Reichtums*, 176 Seiten, 13,20 Euro, ISBN 978-3-89965-618-3 700

Linktipp: www.reichtumsmythen.at

Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at oder über den Themenshop des ÖGB-Verlags www.arbeit-recht-soziales.at





Steuerreform

3,35 Millionen Euro pro Stunde

Die Regierung wird bald ihre Steuerreformpläne präsentieren. Hier zwei Gründe, warum Vermögenssteuern mehr Gerechtigkeit bringen könnten und die arbeitenden Menschen entlastet gehören.

LINKTIPP:

Das ÖGB-Steuermodell gibt es unter www.lohnsteuer-runter.at

Der AK-Reichtumsticker www.ooe.arbeiterkammer.at/reichtumsticker

Reichtum konzentriert sich an der Spitze der Gesellschaft, also dort, wo Vermögen ohnehin schon reichlich vorhanden ist, schreibt der französische Ökonom Thomas Piketty. Seine Begründung: Der Vermögenszuwachs aus Kapital steigt stärker als das Wachstum des gesamten Volkseinkommens. Piketty bringt dies auf die einfache Formel $r > g$. Je größer also der Unterschied zwischen Kapitalrendite und Wirtschaftswachstum ist, desto größer wird die Ungleichheit der Vermögensverteilung. Und während auf Kapitalerträge immer weniger Steuern bezahlt werden, werde Arbeit zu stark besteuert. Das erschwere die Schaffung von Arbeitsplätzen. Piketty empfiehlt daher, große Vermögen zu besteuern. Dies gehe auch auf nationaler Ebene.

„Rich Tax Day“. Bereits am 26. Jänner wäre in Österreich der Tag erreicht worden, an dem allein der Vermögenszuwachs der reichsten zehn Prozent seit Jahresbeginn mit zwei Milliarden Euro so hoch wäre wie die gesamten von AK

und ÖGB geforderten Jahreseinnahmen aus neuen Vermögenssteuern. Ab diesem Tag würde der weitere Wertanstieg ihres Reichtums in Höhe von geschätzten 27 Milliarden Euro wieder zur Gänze in ihren Taschen bleiben. Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat den 26. Jänner 2015 daher zum „Rich Tax Day“ (Reichensteuertag) erklärt. „Ein gerechter Steuerbeitrag der Reichsten wäre für diese also ein Klacks und würde nur den weit überdurchschnittlichen Zuwachs ihres Vermögens etwas bremsen“, sagt Johann Kalliauer, Präsident der AK Oberösterreich.

Die Berechnung des „Rich Tax Day“ beruht auf dem „Reichtumsticker“ der Arbeiterkammer. Der Reichtumsticker zeigt: Das Vermögen der reichsten 10 Prozent in Österreich wächst fast dreimal so schnell wie der Besitz der restlichen 90 Prozent. Rund 10 Prozent der Haushalte besitzen 2015 mit geschätzt mehr als 940 Milliarden Euro mehr als zwei Drittel des Gesamtvermögens. Sie werden pro Stunde um rund 3,35 Millionen Euro reicher. Die 90-prozentige Bevölkerungsmehrheit (rund 3,4 Millionen Haushalte) besitzt zusammen weniger als ein Drittel des Vermögens – in Summe weniger als 420 Milliarden Euro. Ihr Besitz wächst viel langsamer.

Mehr Steuergerechtigkeit. Löhne und Gehälter werden in Österreich in Summe viel höher besteuert als Gewinne und Vermögen. Die hart arbeitende Bevölkerung trägt so den Großteil zur Finanzierung des Gemeinwesens und der sozialen Sicherheit bei. Acht von zehn Steuer-Euros stammen aus Arbeit und Konsum. Vermögende zahlen kaum Steuern. Darum fordern die Gewerkschaften, dass Arbeitseinkommen deutlich entlastet werden und Reiche etwas mehr beitragen als bisher. „882.184 Unterschriften haben gezeigt, dass es an der Zeit ist, die arbeitenden Menschen zu entlasten. Die Steuerreform kann einen wesentlichen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit leisten und die soziale Schieflage ausgleichen“, sagt ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl.



KV-Abschluss Mineralölindustrie

Zwei Prozent mehr Lohn ab 1. Februar

Die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp konnten die Kollektivvertragsverhandlungen 2015 für die rund 4.200 Beschäftigten der Mineralölindustrie am 22. Jänner erfolgreich abschließen.

Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter werden um 2,0 Prozent erhöht, ebenso die Ist-Löhne und -Gehälter sowie die Lehrlingsentschädigungen. Verbesserungen

wurden auch im Rahmenrecht erreicht: Die erst im Vorjahr verdoppelte Hitzezulage wird nun zu anderen SEG-Zulagen verrechnet. Weitergeführt werden die Gespräche zu den Themen Arbeitszeitverkürzung bei be-

Das Ergebnis im Überblick:

Lohnrechtliche Verbesserungen:

- Erhöhung der KV-Löhne um 2,0 Prozent
- Neuer Mindestlohn 1.819,29 Euro
- Erhöhung der Vorrückungsbeträge um 1,5 Prozent
- Erhöhung der Ist-Löhne um 2,0 Prozent
- Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen um 2,0 Prozent
- Erhöhung der Zulagen + Trennungskostenentschädigungen um 2,0 Prozent
- Erhöhung der Reisekosten und Aufwandsentschädigungen um 1,4 Prozent

Rahmenrechtliche Verbesserungen:

- Verbesserung bei der Hitzezulage: Diese kann nunmehr zu anderen SEG-Zulagen verrechnet werden

Geltungstermin: 1. Februar 2015

Laufzeit: zwölf Monate

lastenden Arbeitsformen, Verbesserungen beim Jubiläumsgeld und Freizeitoption für künftige KV-Abschlüsse. Die im Vorjahr eingesetzten Arbeitsgruppen werden fortgesetzt.

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. November 2014:

Malzindustrie: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.749,03 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent; KV-Zulagen +2,0 Prozent, innerbetriebliche Zulagen +2,0 Prozent

Ab 1. Dezember 2014:

Alkoholfreie Erfrischungsgetränkeindustrie: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.638,27 Euro, Lehrlingsentschädigungen um 2,0 Prozent; Verkaufsprovisionen +2,0 Prozent, Zehrgelder +1,67 Prozent; euromäßige Überzahlungen bleiben voll aufrecht; Weihnachtsremuneration wird mit den neuen Lohnsätzen verrechnet bzw. nachverrechnet

Österreichische Bundesforste: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.569,25 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent, Praktikantenentschädigung und Ferialkräfte +2,0 Prozent; die neuen Lohnsätze kommen bereits ab 1. Dezember 2014 zur Anwendung

Ab 1. Jänner 2015:

Arbeitskräfteüberlassung: KV-Löhne durchschnittlich +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.496,56 Euro; Zulagen und Zuschläge +1,7 Prozent; Überzahlung des Grundlohnes bleibt aufrecht

Bekleidungsbranche: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.248,77 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent (Wäsche-warenerzeuger +1,9 Prozent); Neugestaltung Lohnordnung Kleidermachergewerbe

Chemisches Gewerbe: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.261,37 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent; Zulagen +2,0 Prozent

Essig-, Essenzen- und Spirituosenbranche: KV-Löhne durchschnittlich +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn beträgt 1.435,00 Euro; Beibehaltung der Begünstigungsklausel

Essig-, Essenzen- und Spirituosenindustrie: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.526,94 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent; Dienstalterszulagen +2,0 Prozent, Zehrgelder +2,0 Prozent; Überzahlungen bleiben voll aufrecht

Gablonzer Industrie und Gewerbe: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.174,02 Euro, Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent

Kohlensäuregetränkewerbe: KV-Löhne, Lehrlingsentschädi-

Elektrizitätsversorgungsunternehmen

Höhere Löhne für 20.000 Beschäftigte

Zwischen 2,1 und 1,9 Prozent mehr Lohn erreichten die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp für die Beschäftigten der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU).

„Das Verhandlungsteam der Gewerkschaften konnte trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage einen ordentlichen Reallohnzuwachs für die Beschäftigten erreichen“, zieht PRO-GE Verhandlungsleiter Manfred Anderle eine positive Bilanz der Kollektivvertragsverhandlungen 2015 für die rund 20.000 EVU-Beschäftigten. Sowohl die kollektivvertraglichen Mindestlöhne als auch die Ist-Löhne steigen mit 1. Februar zwischen 2,1 % und 1,9 %.

Kinderzulage für „Patchworkfamilien“

Der Abschluss enthält eine Empfehlung der Kollektivvertragspartner zur Kinderzulage. Diese soll auch für nicht leibliche Kinder, die im Haushalt des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin wohnen, gewährt werden, sofern für diese Familienbeihilfe bezogen wird. Die Kinderzulage soll auch gewährt werden, wenn nicht der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin selbst, sondern ein leiblicher Elternteil BezieherIn der Familienbeihilfe ist.

Wiederaufnahme der Arbeitsgruppen

Vor dem Hintergrund der Sicherung des Geltungsbereiches werden ab April 2015 die Gespräche zu den Themen „Evaluierung der Lohn- und Gehaltsfindung“ sowie „Tätigkeitsbeschreibungen in den jeweiligen



Dienst-/Verwendungsgruppen“ wiederaufgenommen, ebenso die Verhandlungen zu den Themen „Lebensphasengerechtes Arbeiten“ sowie „Schicht- und Schwerarbeit“.

Das Ergebnis im Überblick:

- Erhöhung der KV-Mindestlöhne um 2,1 bis 1,9 Prozent
- Neuer Mindestlohn 1.738,25 Euro
- Erhöhung der Ist-Löhne um 2,1 bis 1,9 Prozent
- Erhöhung der Zulagen um 1,7 Prozent
- Erhöhung der Aufwandsentschädigungen um 1,0 Prozent
- Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen um 2,1 Prozent
- Die Kinderzulage beträgt 54,10 Euro

Geltungstermin: 1. Februar 2015

gungen, Verkaufsprovisionen durchschnittlich +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.575,73 Euro; euromäßige Überzahlung bleibt in voller Höhe aufrecht, Beibehaltung der Begünstigungsklausel

Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlgewerbe: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.445,50 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent; Begünstigungsklausel für die Aufrechterhaltung der Überzahlung

Sattler- und Lederwarengewerbe: KV-Löhne +1,9 Prozent; neuer Mindestlohn 1.258,39 Euro; Lehrlingsentschädigung +1,9 Prozent (gerundet auf Eurobeträge)

Süßwarenindustrie: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.607,76 Euro; Dienstalterszulage zwischen +2,3 und 4,8 Prozent, Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung der Überzahlung; Fortsetzung der Gespräche „Altersgerechtes Arbeiten“, Gleichstellung der ArbeiterInnen zu den Angestellten bei Todesfall

Teigwarengewerbe: KV-Löhne durchschnittlich +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.236,06 Euro

Teigwarenindustrie: KV-Löhne durchschnittlich +2,07 Prozent, neuer Mindestlohn (erste 3 Monate) 1.336,00 Euro; Überzahlung bleibt in voller Höhe aufrecht

Textilreinigergewerbe: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.201,20 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent; Zulagen, Zuschläge und Prämien +2,0 Prozent; Aufrechterhaltung der Überzahlung

Vulkaniseure: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.490,78 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent; Zulagen +2,0 Prozent; Änderung bei „Erweiterte Bandbreite“, redaktionelle Überarbeitung des gesamten Rahmenrechts

Ab 1. Februar 2015:

Gewürzindustrie: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.433,71 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent; Dienstalterszulagen +2,0 Prozent; euromäßige Überzahlung bleibt aufrecht; Umstellung auf Monatslöhne

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnruenden.at

Sozialversicherung

Die neuen Werte für 2015

Versicherungsgrenzen

Der pflichtversicherte Lohnbereich (Monatslohn) liegt im Jahr 2015 zwischen der Geringfügigkeitsgrenze von 405,98 Euro und der Höchstbeitragsgrundlage von 4.650,00 Euro.

Weiter- und Selbstversicherung

In der Kranken- und Pensionsversicherung besteht die Möglichkeit, sich selbst zu versichern. Die Beiträge richten sich grundsätzlich nach der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Antragstellers, wobei eine Untergrenze (niedrigster Beitrag) nicht unterschritten werden darf.

Selbstversicherung für geringfügig Beschäftigte gem § 19a ASVG

Geringfügig Beschäftigte, die sonst nicht pflichtversichert sind, können sich auf Antrag in der Kran-

ken- und Pensionsversicherung zu einem Pauschalbeitrag selbst versichern.

Pauschale für KV und PV 57,30 Euro
Krankengeld pauschal 145,81 Euro

Pensionsversicherung

Alle Pensionen werden im Ausmaß der Inflationsrate von 1,7 % erhöht. Dies gilt auch für die Ausgleichszulagenrichtsätze.

Ausgleichszulagenrichtsätze

Alleinstehende 872,31 Euro
Ehepaare 1.307,89 Euro
Erhöhung pro Kind 134,59 Euro
Halbwaise bis 24 Jahre 320,84 Euro
Halbwaise über 24 Jahre 570,14 Euro
Vollwaise bis 24 Jahre 481,75 Euro
Vollwaise über 24 Jahre 872,31 Euro

Pflegegeld

Stufe 1: 154,20 Euro
Stufe 2: 284,30 Euro

Stufe 3: 442,90 Euro
Stufe 4: 664,30 Euro
Stufe 5: 902,30 Euro
Stufe 6: 1.260,00 Euro
Stufe 7: 1.655,80 Euro

Gebühren und Selbstbehalte

Rezeptgebühr pro Heilmittel 5,55 Euro
Anteil Heilbehelfe mind. 31,00 Euro
Anteil bei Sehbehelfen mind. 93,00 Euro
E-Card-Serviceentgelt 10,85 Euro

Grenzbeträge für die Befreiung von der Rezeptgebühr

Alleinstehende 872,31 Euro/Monat
Ehepaare 1.307,89 Euro/Monat

Grenzbeträge bei überdurchschnittlichen Ausgaben aufgrund von Leiden und Gebrechen

Alleinstehende 1.003,16 Euro
Ehepaare 1.504,07 Euro
Erhöhung pro Kind 134,59 Euro

Warnstreikwelle in Deutschland

Nach Angaben der deutschen Gewerkschaft IG Metall legten im Tarifkonflikt der Metall- und Elektroindustrie allein am 29. Jänner knapp 70.000 Beschäftigte aus fast 300 Betrieben vorübergehend die Arbeit nieder. Die Gewerkschaft sieht sich dadurch in ihrer Forderung nach einer Lohnerhöhung um 5,5 Prozent bestärkt. Sie verlangt zudem für die 3,7 Millionen Beschäftigten der Branche bessere Bedingungen für Altersteilzeit und Weiterbildung.

www.igmetall.de

Streik in türkischer Metallindustrie

Die Kollektivvertragsverhandlungen zwischen der türkischen Metallgewerkschaft Birleşik Metal-İş und dem Arbeitgeberverband MESS über einen Kollektivvertrag für 2014 bis 2016 sind aufgrund unannehmbarer Forderungen der Arbeitgeber gescheitert. Birleşik Metal-İş hat daher am 29. Jänner entschieden, einen Streik durchzuführen. Allerdings hat die türkische Regierung den Streik mit der Begründung verboten, dass er die „nationale Sicherheit“ gefährde. Der Streik ist vorerst für 60 Tage ausgesetzt.

www.facebook.com/BirlesikMetal

Streiken für Krankenversicherung

Die Beschäftigten von RHI Monofrax in Jamestown (US-Bundesstaat New York) sind entschlossen, auch nach der fünfzehnten Streikwoche (Stand Ende Jänner) keine Verschlechterungen hinzunehmen. Konfliktthema Nummer eins zwischen Unternehmen und Gewerkschaft sind vor allem die Leistungen des Arbeitgebers zur Gesundheitsvorsorge und die Übernahme von medizinischen Behandlungskosten.

www.industrial-union.org

Arbeitskräfteüberlassung

Kampf gegen Unterentlohnung

Die PRO-GE Tirol hat diesen Herbst alle im Bundesland tätigen Leiharbeitsfirmen aufgefordert, gemeinsam die rechtskonforme Abrechnung ihrer DienstnehmerInnen vorzunehmen.

„Dieser Einladung sind letztendlich fünf Arbeitskräfteüberlasser gefolgt. Bei zwölf Überlassern wissen wir, dass die Abrechnung zumindest zum Teil falsch ist. Sie bekommen in den nächsten Monaten Post von der Gewerkschaft, die auch dafür Sorge tragen wird, dass die zuständigen Behörden informiert werden“, zieht Bernhard Höfler von der PRO-GE Tirol eine erste Bilanz. Weitere neun Leiharbeitsfirmen werden derzeit überprüft. Meistens geht es dabei um falsche Einstu-

fungen, Tagesabrechnungen statt Monatslöhne, vorbehaltene Diäten und Zulagen oder fehlende Bezahlung von Akkord- bzw. Leistungsprämien. Laut PRO-GE Rechtsschutzsekretär Xaver Zeilinger werden LeiharbeiterInnen außerdem häufig zur einvernehmlichen Vertragsauflösung gedrängt. Auch Abmeldungen während Krankenstände oder – wie auch zuletzt wieder zu beobachten – während der Weihnachtsfeiertage sind keine Ausnahmen.

Problem für ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber. „Lohndumping ist schädlich für den gesamten Arbeitsmarkt, wenn durch Unterschreitungen der Mindestlöhne das Lohngefüge nach unten gedrückt wird“, weist Zeilinger auf das Problem von rechtswidrigen Wettbewerbsbedingungen hin. Der Tiroler PRO-GE Landessekretär Robert Koschin fordert daher auch die Wirtschaftskammer auf, für einen fairen Wettbewerb frei von Lohn- und Sozialdumping zu sorgen.

Neu für 2015: Jetzt 250 Euro Soforthilfe!

Die einmalige Unterstützung für arbeitslos gewordene LeiharbeiterInnen aus dem Sozial- und Weiterbildungsfonds (SWF) wurde für 2015 von 200 auf 250 Euro erhöht. Wie bisher zahlt die PRO-GE ihren Mitgliedern die Unterstützung – nun also 250 Euro – sofort in bar aus und übernimmt die Antragstellung beim SWF. Die Gewerkschaftliche Soforthilfe kann in allen Landes-, Regional- und Bezirkssekretariaten der PRO-GE in Anspruch genommen werden. Alle Adressen auf www.leiharbeiter.at.

TTIP und CETA weiter unter Kritik

Keine Sonderklagerechte für multinationale Konzerne

Gewerkschaften und NGOs warnen seit Monaten vor TTIP und CETA, denn Freihandelsabkommen dieser Art gefährden Löhne und Rechte der ArbeitnehmerInnen. Dass diese Warnungen keine wilden Spekulationen sind, zeigen existierende Beispiele aus anderen Ländern.


Von den Gewerkschaften wird besonders das Sonderklagerecht für multinationale Konzerne kritisiert, doch die Europäische Kommission hält weiterhin daran fest. Damit ignoriert sie die mehr als 130.000 Stimmen, die sich bei der Konsultation gegen die

Sonderklagerechte ausgesprochen haben. Österreich hatte mit mehr als 33.000 TeilnehmerInnen und Teilnehmern einen Anteil von 22 Prozent der Eingaben und reiht sich damit an die erste Stelle der KritikerInnen der Abkommen.

Jobabbau durch Freihandel. Zweifel an den hochgelobten Wachstums- und Jobimpulsen durch das Freihandelsabkommen äußerte Larry Brown von der kanadischen Gewerkschaft National Union of Public and General Employees (NUPGE) anlässlich einer Veranstaltung in Wien. Die Schaffung der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA habe zum Verlust von 650.000

Jobs in Kanada und einer Million Arbeitsplätzen in den USA geführt, während in Mexiko die Löhne gesunken seien. Der Kampf gegen TTIP und CETA geht weiter.





Firmenporträt BRP-Rotax

Freizeitspaß aus Oberösterreich

BRP-Rotax, ein Tochterunternehmen von BRP Inc., entwickelt und produziert Antriebsaggregate für Freizeitfahrzeuge für den Spaß auf der Straße, im Schnee, im Gelände, auf dem Wasser oder in der Luft. Das Unternehmen ist einer der größten Arbeitgeber in der Region um Wels mit rund 1.100 Beschäftigten.

Am Standort in **Gunskirchen/OÖ** hat man sich auf die Entwicklung und Produktion von Antriebssystemen für Produkte im Powersportbereich, wie etwa Quads oder Skidoos, spezialisiert. Die Erzeugung der Rotax Antriebsaggregate verlangt Fachwissen und Kompetenz. Ein **hoher Facharbeiteranteil** ist Voraussetzung für die notwendige Qualität und die Forschung und nimmt daher einen wichtigen Stellenwert ein. Viel Aufmerksamkeit wird auch der eigenen **Lehrlingsausbildung** geschenkt. Das „Regionale Innovations Centrum“ (RIC), ein Tochterunternehmen von BRP-Rotax, wurde 2010 eröffnet. Dessen Infrastruktur wird auch als überregionale Ausbildungsstätte von anderen Betrieben genutzt und ist ein pulsierendes **Lern- und Forschungszentrum**.

Innovation und Forschung haben im Unternehmen eine lange Tradition. Rotax entwickelt bereits seit 1920 neue Transportmittel. Trotz der langen Firmengeschichte sind die Weichen für die Zukunft schon gestellt. Das Unternehmen beschäftigt sich bereits jetzt mit den künftigen Auswirkungen und Innovationen von **Industrie 4.0**, wie uns Betriebsrat Josef Madlmayr bestätigt. Dies verlangt einerseits Qualifizierung und andererseits auch eine kritische Auseinandersetzung mit den Auswirkungen auf die Beschäftigten.





Interview

In Ausbildung investieren!



Sascha Ernszt,
PRO-GE Jugend-
vorsitzender

In der Jugend liegt die Zukunft. Aber Jugendarbeitslosigkeit, Probleme in der dualen Berufsausbildung und soziale Spannungen lassen den Eindruck entstehen, als läge der Gesellschaft nicht viel an dieser Zukunft. Wir haben den PRO-GE Jugendvorsitzenden Sascha Ernszt zu den aktuellen Entwicklungen befragt.

LINKTIPP:

Mehr auf
www.proge.at/jugend

Glück auf!: Der Schwerpunkt dieser „Glück auf!“-Ausgabe ist Industrie 4.0. Wie sieht die Gewerkschaftsjugend dieses Thema?

Sascha Ernszt: Industrielle Revolutionen bieten Risiken und Chancen. Wir müssen die Chancen packen. Leider haben viele Betriebe im Moment nur Ausbildung 2.0. Die Berufsbilder für die Lehrberufe werden zwar ständig modernisiert, aber viele Betriebe können diesen Standard in der Ausbildung nicht flächendeckend halten. Dreieinhalb Jahre wird ein Beruf erlernt, und am Schluss entschei-

det eine große Prüfung über Erfolg oder Misserfolg. Das gibt es in keiner vergleichbaren Ausbildung. Wir fordern zur Überprüfung der Qualität während der Lehrzeit kleine verträgliche und anrechenbare Prüfungshäppchen statt der einen großen Prüfung am Schluss.

Ist das duale Ausbildungssystem in dieser Form noch zeitgemäß?

Die Arbeitslosenzahlen in Europa zeigen uns, dass wir mit der Lehre ein geeignetes Instrument haben, um gegen Jugendarbeitslosigkeit zu steuern. Da beneiden uns viele Länder in Europa. Daher glaube ich, dass die Lehre nach wie vor ein wichtiger Bestandteil für die Wirtschaft und die soziale Entwicklung der jungen Menschen ist. Die Wirtschaft profitiert von einer der höchsten FacharbeiterInnenquoten im internationalen Vergleich. Entscheidend dabei ist, dass sich die Unternehmen nicht zurücklehnen und zuschauen, wie der Staat diese Aufgaben zunehmend übernimmt. Leider ist die Zahl der Lehrstellen rückläufig.

Es wird inzwischen oft das niedrige Bildungsniveau der jungen Menschen bemängelt. Wahrheit oder Mythos?

Das ist eine gesamtheitliche Bildungsfrage, die sehr komplex ist und nicht mit ein paar

Worten zu beantworten ist. Die Bildungsinitiative vom Sozialministerium mit der verpflichtenden Ausbildung bis 18 Jahre ist ein guter Ansatz. Natürlich muss man sich auch die Entwicklungen in den Pflichtschulen genau ansehen. Aber egal ob Wahrheit oder Mythos, man darf die jungen Menschen damit nicht alleinlassen und muss in Bildung investieren, egal ob in der Pflichtschule oder in der späteren Berufsausbildung. Hierfür gibt es viele Vorschläge der Sozialpartner, die aber bis heute von der Politik nicht aufgenommen wurden.

Es wird ja auch gleichzeitig vom Lehrlingsmangel gesprochen?

Genau! Man muss schon auch erkennen, dass es durchaus Branchen gibt, in denen Lehrlinge billige Arbeitskräfte sind, anstatt dass sie die vereinbarte Ausbildung erhalten. Das spricht sich herum, und inzwischen lehnen junge Menschen solche Ausbeutung ab. Dann wird es Lehrlingsmangel genannt, anstatt in die Offensive zu gehen und in eine Ausbildung zu investieren, die den Jugendlichen Spaß macht und an deren Ende eine qualifizierte Fachkraft steht.

Was sind die künftigen Forderungen der PRO-GE Jugend?

Aktuell stehen wir mit einer Kampagne zum Thema Fahrtkosten für die Lehrlinge in den Startlöchern, mit der wir eine einheitliche bundesweite Regelung erreichen wollen. Darüber hinaus bleiben natürlich unsere Kernthemen wie etwa die Berufsausbildung oder die Mitsprache von Jugendlichen auf unserer Agenda. Lehrlinge dürfen nicht als Kostenfaktor oder als billige Arbeitskräfte gesehen werden, sondern als die Zukunft des Unternehmens.



PRO-GE Frauen „Gleiche Leistung = gleiches Geld“

Der Einkommensbericht



Sowohl der aktuelle Rechnungshofbericht als auch der Sozialbericht 2013/2014 zeigen auf: Hohe Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern bleiben Realität. Besonders betroffen sind Arbeiterinnen.

LINKTIPP:

Mehr auf
www.proge-frauen.at

Die Europäische Kommission bestätigt inzwischen den hohen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied (Gender-Pay-Gap) in Österreich als einen der höchsten in der Europäischen Gemeinschaft. Frauen verdienen nach wie vor und in allen Berufsgruppen deutlich weniger als Männer. 2013 betrug laut Rechnungshofbericht das Einkommen der Frauen 61 Prozent des Männereinkommens. Auch wenn sich ein Teil der Einkommensdifferenz zwischen den Geschlechtern auf Teilzeit zurückführen lässt, so läge bei einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung das Fraueneinkommen dennoch nur bei 82 Prozent des Männereinkommens.

Handlungsbedarf. Die PRO-GE Frauen sehen dringenden Handlungsbedarf. Bundesfrauenvorsitzende Klaudia Friebe: „Ein wirksames

betriebliches Instrument gegen Lohnungleichheit ist der gesetzlich verpflichtende Einkommensbericht. Betriebsrätinnen und Betriebsräte und Unternehmen sind dabei gleichermaßen gefordert, wenn es um notwendige Evaluierungen und entsprechende Maßnahmen zur Einkommensgerechtigkeit geht.“

Fast 750 Betriebe sind im PRO-GE Betreuungsbereich inzwischen gesetzlich verpflichtet, einen Einkommensbericht zu legen. Bis 31. März 2015 sind diese Berichte an die Betriebsratskörperschaften zu übergeben. Genau darin sehen die PRO-GE Frauen die Möglichkeit, die gläserne Einkommensdecke

sichtbar zu machen. Die PRO-GE Bundesfrauenabteilung berät Betriebsrätinnen und Betriebsräte und hilft bei der Analyse der Einkommensberichte unter Wahrung der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht.

Internationaler Frauentag. Klaudia Friebe sieht die Debatte auch in einem historischen Zusammenhang: „Es kann nicht sein, dass wir mehr als einhundert Jahre nach dem ersten Internationalen Frauentag immer noch im Einkommen hinterherhinken. Deshalb starten wir heuer die Kampagne ‚Gleiche Leistung = gleiches Geld‘. Mit speziellen Give-aways und Veranstaltungen werden wir auf die Lohnschere aufmerksam machen.“

Fakten: Der Internationale Frauentag

Der Internationale Frauentag – auch Weltfrauentag genannt – wird am 8. März gefeiert und ist nicht nur für Frauen auf der ganzen Welt ein wichtiges Datum. In einigen Ländern ist er sogar gesetzlicher Feiertag. Seinen Ursprung hat er vor mehr als einhundert Jahren. Die Hauptforderung der damaligen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Initiative war das Frauenwahlrecht. Auch wenn diese Zielsetzung inzwischen erreicht wurde, so ist die Gleichstellung der Geschlechter dennoch weder in Österreich noch im Rest der Welt Realität.

Der Internationale Frauentag hat seine Wichtigkeit daher nicht verloren und wird weiterhin jährlich begangen. Frauen auf der ganzen Welt machen am 8. März mit Veranstaltungen, Feiern und Demonstrationen auf noch immer nicht verwirklichte Frauenrechte aufmerksam.

Achtung Kamera



Industrie 4.0.

Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, Alois Stöger, diskutierte im Jänner mit dem PRO-GE Bundesvorstand die Auswirkungen von Industrie 4.0.

Arbeitstagung.

Die PRO-GE Frauen Wien deponierten bei ihrer Arbeitstagung mit Vizebürgermeisterin Renate Brauner (Bildmitte) ihre Anliegen.



PRO-GE gratuliert BRAK-Absolventinnen.

Erfolgreich abgeschlossen haben den 12. Lehrgang der Wiener Betriebsrätinnen-Akademie (BRAK) Karin Paulal (MSD), Eveline Ozibalik (Siemens AG) und Andreas Wagner (Vamed GmbH).



Steuerreform.

Rund 100 BetriebsrätInnen folgten der Einladung der PRO-GE Kärnten zum alljährlichen Neujahrsbrunch in Klagenfurt. Thema Nummer eins war die Lohnsteuersenkung.



Unterstützung.

Die PRO-GE Steyr spendete 1.000 Euro an die Notschlafstelle B29. Bezirksvorsitzender Erich Schwarz und Bezirkssekretär Reinhold Binder übergaben den Scheck an den Geschäftsführer der Notschlafstelle, Karl Eglseer (Mitte).



Verabschiedung.

PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer und Walter Schopf, Leitender Sekretär der PRO-GE, erörtern die aktuellen politischen Entwicklungen. Renate Anderl wurde bei dieser Veranstaltung von den PRO-GE Frauen verabschiedet.



Alles, was Recht ist

Nicht auspressen lassen durch Unterentlohnung

Schlupflöcher für Unternehmen, um erbrachte Leistungen von Beschäftigten nicht zu bezahlen, werden seit 1. Mai 2011 durch das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSDB-G) gestopft. Dennoch passiert es immer wieder, dass selbst dort, wo es Kollektivverträge gibt, Unterentlohnung stattfindet. Nun gibt es Neuerungen.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge.at/recht

Ab 1. Jänner 2015 wurde das LSDB-G verschärft. Es wird – wie von der PRO-GE schon lange gefordert – nicht mehr nur auf den zustehenden Grundlohn abgestellt, sondern es muss auf das gesamte, durch Gesetz, Verordnung oder Kollektivvertrag zustehende Entgelt unter Beachtung der jeweiligen Einstufungskriterien abgestellt werden. Damit unterliegen erstmals Zulagen, Zuschläge, Sonderzahlungen, Referenzzuschläge bei Zeitarbeit usw. der Überprüfung. Entgeltbestandteile, die auf dem Ausnahmekatalog des § 49 Abs. 3 ASVG beruhen (z. B. Schmutzzulagen), werden außer Acht gelassen.

Darüber hinausgehende Entgeltregelungen in Betriebsvereinbarungen und im Arbeitsvertrag werden jedoch nicht überprüft. Allerdings werden Überzahlungen, die laut Betriebsvereinbarung oder Arbeitsvertrag zustehen, auf eine allfällige Unterentlohnung angerechnet.

Von den Kontrollen sind nicht nur Arbeitgeber in Österreich, sondern auch ausländische Arbeitgeber betroffen, die ihren Firmensitz nicht in Österreich haben und ihre ArbeitnehmerInnen nach Österreich entsenden oder überlassen. Ausländische Arbeitgeber, im Falle der Arbeitskräfteüberlassung auch der Beschäftigte, haben die erforderlichen Lohnunterlagen in deutscher Sprache bereitzuhalten und Einsicht zu gewähren.

Noch mehr als bisher überprüfen die Kontrollorgane (Gebietskrankenkasse und Fi-

nanzpolizei), ob ArbeitnehmerInnen ihr zustehendes Entgelt erhalten. Wird von der Bezirksverwaltungsbehörde ein Strafbefehl wegen Unterentlohnung gegen den Arbeitgeber erlassen, so sind die betroffenen ArbeitnehmerInnen davon zu informieren.

Auch die Verjährung wird neu geregelt. Während bisher die Verjährungsfrist erst dann zu laufen beginnen konnte, wenn die gesamte Entgeltdifferenz nachgezahlt wurde, beginnt künftig die Verjährungsfrist mit dem Zeitpunkt der Fälligkeit des Entgeltes, bei einer durchgehenden Unterentlohnung mit Fälligkeit des letzten Lohnes. Die Verjährungsfrist beträgt drei Jahre.

Was tun bei einem Verdacht? Die GKK oder Finanzpolizei informieren oder bei Vorliegen sämtlicher Unterlagen direkt Anzeige bei der Bezirksverwaltungsbehörde erstatten. Bevor jedoch tatsächlich eine Anzeige eingebracht wird, sollte zunächst im betroffenen Unternehmen interveniert werden. Hilfe bieten die jeweiligen Landes- und Bezirkssekretariate der PRO-GE.

Alle Kontaktadressen unter:
www.proge.at/kontakt

Die ExpertInnen der PRO-GE Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der Tel.-Nr. 01/534 44-69142 bzw. per E-Mail: recht@proge.at gerne weiter.

Hotel Bad Hofgastein

März Skitage

Von Sonntag, **15. März** bis Donnerstag, **19. März 2015**
Von Sonntag, **22. März** bis Donnerstag, **26. März 2015**

Leistungen

- Reichhaltiges Frühstücksbuffet
- Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen
- Freie Benützung von Sauna & Dampfbad im Haus
- Freier Eintritt in die Alpentherme Gastein (mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)
- **3 Tages-Skipass der Sportwelt Amadè**

Pauschalpreise 4 Nächte Halbpension:

PRO-GE	Erwachsene	€ 403,50
ÖGB	Erwachsene	€ 467,50
Nichtmitglieder	Erwachsene	€ 559,50

Preise pro Person inkl. aller Abgaben, exkl. Kurtaxe/Ortstaxe. Kinder vor dem 6. Geburtstag logieren frei im Zimmer der Eltern. Aufzahlung Halbpension für Kinder von 4 - 5 Jahren **€ 10 pro Nacht** (Stichtag ist der 4. bzw. 6. Geburtstag). Ab dem 18. Geburtstag ist der Preis für Erwachsene zu bezahlen. Aufzahlung für Einzelpersonen im Doppel- bzw. Mehrbettzimmer sowie Kinder im eigenen Zimmer **€ 10 pro Nacht**.

Die Therme ist bequem durch einen unterirdischen Verbindungsgang direkt vom Hotel Bad Hofgastein aus im Bademantel erreichbar. Die Gratisbenützung der Alpentherme Gastein beginnt mit der Entgegennahme des Zimmerschlüssels ab 15:00 Uhr und endet am Vorabend des Abreisetages zu Betriebsschluss der Alpentherme.

Anmeldung

PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,
Telefax (01) 53 444-103211, E-Mail: urlaub@proge.at

Reservierung & Information

Telefon (01) 53 444-69707 DW

Preisrätsel



Zu gewinnen gibt es:
das Spiel „Geister-Ei“

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein Lösungswort aus der digitalen Welt.

1		2			3			4		5	
							6				
7				8							
								9		5	
10					8						
				9							11
12		7	13					14	2	15	
				10							
	16		17	4		18					
19											
	6				20		3				
21											
					22						11

Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!: FROHES FEST

Die Gewinnerin der Ausgabe 5/2014 GLÜCK AUF!
Rosemarie Thron, 3161 St. Veit/Gölsen

Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 20. März 2015 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- Ein Kleiner, auf den man hinabblickt / heißt auf Wienerisch auch –
- Auf dem (Ab-)Wasserweg verbreitet sich auch Fernsehprogramm
- Stellvertreter vom Primar? Auf der Stufe steht Gymnasialbildung!
- Das ist ja wahnsinnig!
- Warnung vor Sherwood Forest: „Im Walde, wo’s des winters kalt / liegt Robin Hood im –!“
- Eine Pensions-Frage: Was ist im Vorjahr um mehr als ein Jahr gestiegen? (siehe S. 3)
- Gender-Pay-Gap, in schnittiges Deutsch übersetzt: Wie sie aufgeht, erfährst du auf S. 19
- Margarine-Marke mitten im *Burgtheater*?
- Geliebte, Gefragte!
- Auch ein Name fürs Benzin in der *Direkteinspritzung*
- Abergläubischen suspekt, wie viele Tage wir im Durchschnitt krank waren (siehe S. 3)

Senkrecht:

- Der Angriff ist Attacke und Affiche in einem
- Was kommt: Sie hat mit Industrie 4.0 (laut S. 5) bereits begonnen ...
- Frage an den Hahn am Mist, wenn die Sonne aufgegangen ist?
- Worüber Piketty schrieb: Wer’s hat, kriegt schneller mehr dazu (siehe S. 11)
- Steht er im Kalender, kommen Frühling und Frauentag (siehe S. 19)
- Davids biblische Vorfahrin, buchstäblich teils in Niederösterreich daheim?
- So tief sinnieren, dass es im Kern schon *übel* ist
- Seit Einstein verhältnismäßig(!) bekannt, wie alles so ist
- Mit dem Kahn kam Noah am Ararat in Schifflage
- Aller Praxis Unterbau: Für Goethes Faust war sie bloß grau
- Couch-Potatoes, fett frittiert? Im Digitalen implantiert! (Mz., s. S. 6)
- Der deutsche Strom fließt hier verkehrt herum



Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

 Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür
 /
 Postleitzahl Ort

Besten Dank



Tankkarte

ein Angebot exklusiv für
PRO-GE Mitglieder
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT



Die **PRO-GE** und das Mineralölgroßhandelshaus Julius Stiglechner GmbH bieten Ihnen ab sofort die Möglichkeit, mit der „IQ Card“ Tankkarte attraktive Vergünstigungen beim Tanken und beim Shoppen im gesamten IQ Card-Tankstellennetz zu bekommen.

IHRE VORTEILE

IQ Card Wochenpreis (gültig von Montag bis Sonntag) auf Diesel und Benzin

- Ihr Preis ist von Montag bis Sonntag gültig und macht Sie unabhängig von Preisänderungen an der Zapfsäule
- Ihr Wochenpreis wird am Montagnachmittag festgesetzt und ist rückwirkend ab Montag 0:00 Uhr gültig. Auf Wunsch wird Ihnen der Wochenpreis per E-Mail jeden Montag Nachmittag zugesandt oder ist online abrufbar (Sie erhalten Ihren Zugang zum IQ Card-Onlinekundenportal nach erfolgreicher Anmeldung)
- Durchschnittliche Ersparnis ca. 3 bis 4 Cent je Liter (abhängig vom aktuellen Tankstellenpreis)

Best-Preis-Garantie

- Sollte in Ausnahmefällen aufgrund von unvorhersehbaren Preisschwankungen der Pumpenabgabepreis zum Zeitpunkt der Tankung günstiger als Ihr Wochenpreis sein, wird Ihnen immer der günstigere Preis verrechnet

Weitere Preisvorteile:

- 10 % auf Autowäschen (Bürstenwäsche)
- 5 % Rabatt auf Lebensmittel und alkoholfreie Getränke im Shop
- 10 % auf IQ Motoröle, IQ Scheibenreiniger und Kühlerfrostschutz

Keine Nebenkosten

Monatsrechnung mit Abbuchung

(Rechnungsversand nur per E-Mail möglich)

Maximale Sicherheit

- Alle Karten sind mit PIN-Code gesichert (Wunsch-PIN möglich) – Karten und PIN-Codes werden mit gesonderter Post an Sie versandt
- Alle Tankungen sind online in Ihrem geschützten Bereich sofort zu sehen
- Online-Kartensperre möglich – maximale Sicherheit bei Verlust oder Diebstahl
- Die Karten sind auf monatlich 500 Euro limitiert

Dichtes Tankstellennetz

- Die IQ Card wird an zahlreichen Tankstellen in ganz Österreich akzeptiert. Details finden Sie unter: www.iqcard.at/tanken

Profitieren Sie gleich von diesem Angebot!

Den Kartenantrag finden Sie auf www.iqcard.at/proge oder bei Ihrem Betriebsrat.